

Weltwochenschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **30 (1940)**

Heft 30

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

in die's zu beraten hat. Und so könnte es an den Kongressen der Republikaner und der Demokraten in USA, die ihre Kandidaten für die kommenden Präsidentschaftswahlen zu nominieren hatten. Amerika ist für die Demokratie, jawohl. Aber ein Mann, der Präsident werden will, hat niemals Aussicht, gewählt zu werden, wenn er nicht feierlich zusagt, das Land vom europäischen Kriege fernzuhalten.

Mit dieser Zusage tritt auch Roosevelt in den Wahlkampf ein, um zum dritten Male Präsident zu werden. Seine Partei hat ihn mit Akklamation als Kandidaten portiert, mit überwältigendem Mehr, und es besteht kaum ein Zweifel, daß er gewählt werden wird. Ob er, der mit seinen Getreuten letzten Endes doch auf die Intervention im britisch-deutschen Kriege hinarbeitet, nach der Wahl versuchen wird, seinen Wählern eine andere Ueberzeugung beizubringen und doch den Krieg aufzunehmen, wissen wir nicht. Jedenfalls könnte eine solche Intervention lange zu spät kommen. Denn nach italienischen Pressestimmen hat Churchill nicht, wie er sagt, Jahre zur Verfügung, um Deutschland zu schlagen. Die Entscheidung könne in Stunden oder Tagen fallen.

Hat also England nur die allervagste Hoffnung auf eine spätere, lange verspätete amerikanische Hilfe, so steht es mit der russischen noch schlechter, wie dies Hitler in seiner Rede andeutete. Jede Hoffnung, Deutschland und Rußland zu entzweien, sagte der Kanzler, ist kindisch. Jede Spekulation, als ob Rußland nur darauf warte, bis Deutschland und Italien sich so richtig in ihren Angriff auf England verbißen hätten, um dann über den Balkan bis an die Dardanellen vorzustoßen, ist also nach der offiziellen deutschen Ansicht das Hirngespinnst von Leuten, die für das britische Spiel bangen und verzweifelt nach Chancen ausschauen, die Churchills Aussichten verbessern würden.

Und Churchill seht? Und Alt England? Man erwartete am Dienstag die Antwortrede des Premiers vor dem Unterhaus... und mit der Rede die extremste Ablehnung des deutschen Angebots. Die Italiener freilich wollen wissen, daß Churchill Gegner habe, die verhandeln möchten, und daß zu diesen Gegnern das stumme Volk gehöre, dem nicht einmal mehr die Labour Party ihre Stimme leihe, seit sie sich den Konservativen gefügt. Lloyd George allein verlange eine geheime Sitzung des Unterhauses und wünsche, daß man sich in Berlin nach den Friedensbedingungen erkundige... Was fürchtet Lloyd George? Und was hofft Churchill, daß er sich so kategorisch ablehnend verhält?

Japan auf dem Sprung

Der Weizen Japans blüht, und seine Armee und Marine machen die größten Anstrengungen, um den ersten Abschnitt der großen Ernte unter Dach zu bringen, noch bevor die große Erschütterung das britische Empire heimsucht und mit ihm auch die übrigen europäischen Besitzungen in Asien und Ozeanien des wichtigsten Schutzes beraubt. Oder, für den Fall, daß Großbritannien standhielte: Die Ernte in China muß um jeden Preis geborgen werden, damit man sich nachher rasch erholen, die bisherigen Eroberungen konsolidieren und sich so organisieren kann, daß die spätern Auseinandersetzungen mit den angelsächsischen Mächten nicht mehr gefährlich werden können.

Die wichtigsten Fortschritte an der innerchinesischen Front verzeichnet die japanische Angriffsarmee im großen Jangtsebecken westlich der Metropole von Hankau, die fest in der Hand des Eroberers liegt. Tschang, die letzte große Stadt, am Westende der Ebene, ist seit einigen Wochen in japanischen Händen, und alle Gegenangriffe der Chinesen haben nicht vermocht, sie zurück zu erobern. Was weiter im Westen liegt, das Bergland, ist weniger wertvoll als Tschang. Vor allem sind die Verbindungsstraßen, die das noch freie China des Südwestens mit dem Norden verbinden, unter-

bunden; westlich von Tschang geht es nur über schwer gangbare Umwege und Wüstenzonen hinauf nach Schensi und Schansi, die weiterhin Widerstand leisten.

Die Beherrschung der Jangtse-Linie bis an die Gebirgsränder bedeutet eine fast völlige Abriegelung des wichtigsten unbezwungenen Gebietes, in welchem sich Tschang Kai Scheck bisher noch gehalten, vom Norden her. Um diese Abriegelung zu einer regelrechten Belagerung zu machen, blockieren die Japaner neuerdings die letzten noch offenen Häfen zwischen Schanghai und Indochina, durch welche noch amerikanisches und europäisches Material ins Land kam, so Pakhoi.

Das wichtigste Ereignis aber, das man in Japan recht eigentlich als Sieg feiern kann, ist das britisch-japanische Abkommen, das die Materialzufuhr aus britisch Burma für drei Monate stoppt. England, in seiner großen Bedrängnis, hat sich also verpflichtet, Tschang Kai Scheck auf so lange die Grenze zu sperren. Es liefert ihn, falls er sich mit seinen eigenen neuen Industrien nicht helfen kann, der japanischen Materialüberlegenheit aus.

Freilich hat auch Japan den Engländern etwas Wesentliches zugestanden. Es wird sich britischen Bemühungen, zwischen Tokio und der Regierung Tschangs in Tschungking zu vermitteln, nicht verschließen. Man kann aus diesem „Dreimonatsabkommen“ den Schluß ziehen, daß man in London hofft, in drei Monaten selbst Klarheit zu besitzen über die britischen Kriegsaussichten. Hat sich bis dahin die deutsche Seeblockade gegen die Insel als „nicht genügend wirksam“ erwiesen, oder sind ein oder mehrere Landungsversuche der Deutschen gescheitert, oder halten sich die Kriegsschiffe gegen die Bombengeschwader, oder wird das Gleichgewicht in der Luft errungen und besteht Aussicht auf ein späteres Uebergewicht, dann, so rechnen die britischen Politiker, sieht man der ganzen Entwicklung mit Ruhe entgegen. Die Presse der Dominien rechnet auch so, und am deutlichsten gibt diesen Ansichten der südafrikanische, pro-englische Premier Smuts Ausdruck, wenn er sagt: „Wenn der Angriff gegen Großbritannien scheitert, dann ist Hitler verloren und Europa gerettet“. Der Südafrikaner hat unter dem geretteten Europa vor allem natürlich ein gerettetes England vor Augen und überlegt nicht die fürchterlichen Konsequenzen, die sich für den Kontinent ergeben, falls nur „der deutsche Angriff scheitert“ und sämtliche Nationen sich nun erst noch auf die ewig ausgedehnte britische Blockade und eine neue Kriegswelle für den Kontinent gefaßt machen müssen.

Aber immerhin, in drei Monaten, so nehmen die Engländer an, seien wir alle im Bilde, ob es gelungen sei, den deutschen Sieg abzubremfen, und ob das britische Empire wieder wagen dürfe, den japanischen Forderungen entgegenzutreten und die Burmagrenze wieder für den nicht besiegten Tschang zu öffnen.

Die japanische Armee wird natürlich bis dahin alle Anstrengungen unternehmen, um den geschwächten Tschang Kai Scheck noch mehr zu schwächen und britischen Vermittlungsvorschlägen gefügig zu machen. Es ist kein besonders gutes Zeichen für den eingeschlossenen „chinesischen Napoleon“, daß sich verschiedene Generale von ihm abgewandt und der neuen, unter Japan amtierenden Gegenregierung angeschlossen haben. Und ebensofschlecht muß die Tatsache gedeutet werden, daß die neue Regierung eigene Truppen ins Feld stellt, die den Japanern Hilfsdienste leisten. Die Meldungen aus Tschungking sprechen in solchen Fällen von „Irregulären“, welche Japan unterstützten. Macht diese Bewegung Fortschritte, dann ist ein Zerfall der innerchinesischen Widerstandsfront nicht unwahrscheinlich, und die „Eroberung Chinas durch Chinesen“ würde sich für Japan als die erfolgreichste Methode erweisen.

Vielleicht ist es schon die erlahmende Kraft gewisser Fronten, die den japanischen Vorkostentlang der Grenze von französisch Indochina ermöglichte; bekanntlich haben die Franzosen noch vor dem „Burmavertrag“ die Grenze

Die Bundesratswahl

Am 18. Juli hat die vereinigte Bundesversammlung an Stelle des zurückgetretenen Vorstehers des Volkswirtschaftsdepartementes, Bundesrat Obrecht, Nationalrat Dr. Stampfli gewählt. 229 Stimmzettel wurden ausgeteilt; bei einem absoluten Mehr von 109 Stimmen fielen auf Dr. Stampfli 142. Der sozialdemokratische Kandidat Ständerat Went (Basel) vereinigte 51 Stimmen auf sich.



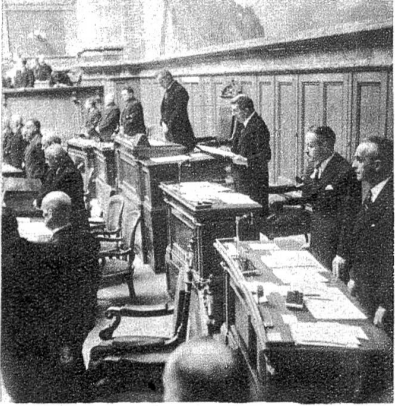
Der scheidende, heute schwer erkrankte Magistrat, Bundesrat Obrecht, aufgenommen vor anderthalb Jahren an einem Kegelabend in der Umgebung von Bern.



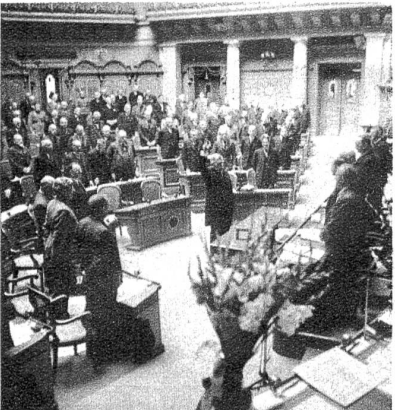
Der neugewählte Bundesrat, Dr. Stampfli, Direktor der von Roll'schen Eisenwerke in Gerlafingen.



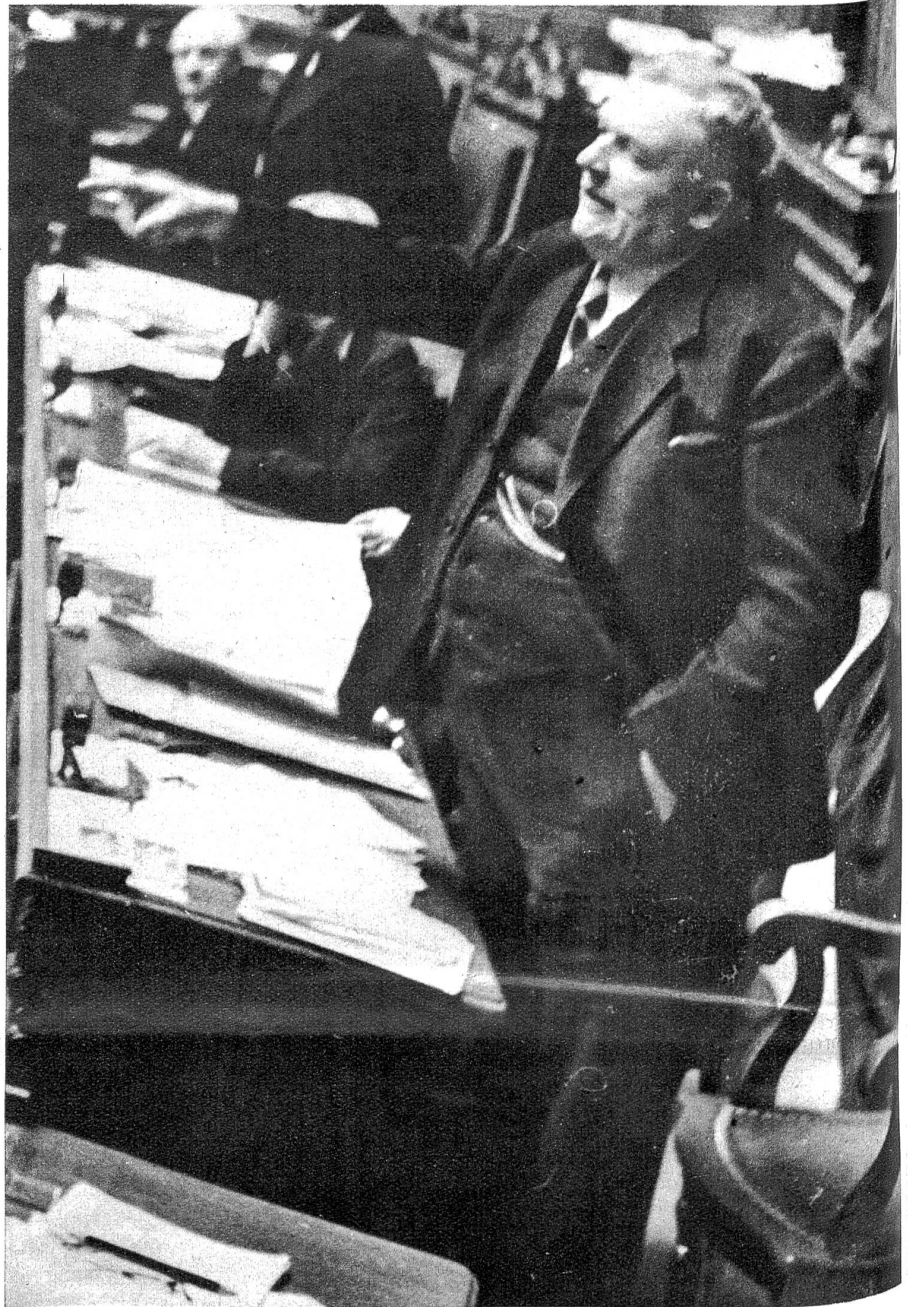
Vor dem Eingang zur Zuschauertribüne drängen sich die Neugierigen, die keinen Einlass gefunden haben



Bundeskanzler Dr. Bovet verliest die Eidesformel . . .



auf die Dr. Stampfli den Schwur leistet.



Dr. Stampfli, ein schlagfertiger Diskussionsredner, auf der Rednertribüne des Nationalrates.

Photo: Paul Senn



Der Bundesrat heisst den neuen Kollegen willkommen.



Der neue Bundesrat wird für eine amerikanische Zeitung fotografiert.



Aktive Helveter gratulieren ihrem „Alten Herrn“ zu seiner Wahl.



Unter dem Jubel der Zuschauer verlässt Dr. Stampfli die Bundesstadt, um sich nach Solothurn zu begeben.

gegen China gesperrt und damit eine unheilvolle Rückwirkung auf die chinesische Moral dieser Gegenden verursacht. Noch ist der Plan, einen Keil vorzutreiben, die ganze gewaltige Grenzstrecke vom Meer bis nach Burma zu besetzen und dann direkt auf Britisch-Indien zu drücken, nicht geglückt, da Dutzende von quer verlaufenden Bergketten den japanischen Vormarsch hemmen. Wenn er aber gelingt, dann wird die Lage des eingeschlossenen Tschang sehr prekär ... und zugleich tippt Japans Finger zum ersten Mal an die Türe des wichtigsten britischen Kolonialgebietes.

Man müßte blind sein, wollte man nicht sehen, wie systematisch die Japaner sich vorarbeiten. Vielleicht sind die militärischen Operationen noch weniger wichtig als die wirtschaftlichen und diplomatischen Anstrengungen, die sich auf das ganze südostasiatische und indonesische Gebiet erstrecken, ja, neuerdings auch die südliche Hemisphäre ergreifen und in Australien anklopfen.

Vor einiger Zeit ist man darauf gestoßen, daß in Siam eine heftige antichinesische Propaganda eingeseht hat. Den Chinesen, die das gesamte Geschäftsleben des Landes beherrschen, wird vorgeworfen, daß sie ihre Ersparnisse nach China schaffen und so verhindern, daß im Lande ihres Verdienstes Kapital gebildet werde. Die neue national eingestellte Bewegung trägt faszistische Züge und arbeitet durchaus im Sinne Japans, das zunächst die Emanzipation all dieser Gebiete von „fremden Einflüssen“, von europäisch-amerikanischen, in diesem Falle auch von chinesischen, erstrebt, um hernach selbst Führer und Herr zu werden.

Das Zurückweichen der Franzosen und Engländer an den hinterindischen Chinagrenzen wird dem Nimbus der Europäer insgesamt einen neuen Schlag versetzen und die Bildung ähnlicher Bewegungen wie in Siam erleichtern. Die chinesische Geschäftswelt in Java und Sumatra, die dort ebenfalls das Geld in der Hand hat und die Gewinne mit den Niederländern teilt, kann ebenfalls den Vorwand abgeben für politische Aktionen unter den Malayen. Im übrigen zeigt sich die holländische Kolonialverwaltung Japan so willfährig als nur möglich, und die Gefahr, daß man dem Bedränger Chinas die Benzinvorräte und die übrigen wichtigen Rohstoffe sperren und sie den Engländern ausliefern werde, ist für Japan längst vorbei.

Die interessanteste Meldung der letzten Zeit ist die von der Botschaft des neuen japanischen Regierungschefs, Fürst Konoye, an die australische Regierung. Australien wird eingeladen, mit Japan kulturell zusammen zu arbeiten, um eine Verbesserung der internationalen Beziehungen und des Loses der Menschheit zu erzielen. Die Welt sei in zwei Hälften zerspalten. Kulturelles Einvernehmen bedeute den Weg zum dauernden Frieden. Ein Zusammengehen der zwei „dynamischen Länder“ Japan und Australien, ihr Wohlergehen könnte sehr wohl zur Verbesserung der Welt beitragen: „Durch das friedliche Mittel des Rechts und der Wissenschaft“. Wenn ein Riese, der im eigenen Lande bald 70 Millionen auf engstem Raume zählt und halb China besetzt hat, den Zwerg mit den höchstens sieben Millionen auf riesiger Fläche so anspricht, weiß man, wohin er zuletzt zielt. Und wenn man bedenkt, daß Australien den Japanern als Siedlungsgebiet gesperrt ist, weiß man es noch besser. Schon vor Jahren stellte ein Kenner des Ostens in einer großen deutschen Zeitung die Lage so dar, daß Japan zwar in China Fuß fassen, um sich einen Markt und eine große Rohstoffbasis zu schaffen, daß aber ein eigentliches späteres Ziel Australien sei, der fünfte Erdteil, der aus einer Wüste in ein Paradies verwandelt werden und das Vielfache der heutigen japanischen Inselbevölkerung zu fassen vermöge. Die verhältnismäßig schwache Rasse der weißen Rasse, die dort unten siedelt, verlockt geradezu, bei nächster Gelegenheit den großen Sprung zu tun ...

„Arbeit um jeden Preis“

Um dieses Thema geht seit Wochen die Unterhaltung der Presse aller schweizerischen Parteien, und die bundesrätliche Parole erlebt die mannigfachsten Auslegungen. Angefangen bei jener, die der Ansicht ist, die Unterbringung der arbeitslosen Demobilisierten in Arbeitsdetachementen genüge und koste so wieso schon genug, bis zur gegenteiligen, die für jeden Wehrmann und Nichtwehrmann vollbezahlte Stellen verlangt, „koste es Bund und Kantone was es wolle“, gibt es die mannigfachsten Varianten. Dabei spielt natürlich die finanzielle Situation, in welcher sich die öffentlichen Gemeinwesen schon sowieso befinden, eine wichtige Rolle. Und es fehlt nicht an gewichtigen Stimmen, die von Anfang an vor der Meinung warnten, Bund und Kantone müßten nun alles tun, und der Private könne still sitzen bleiben. Im Gegenteil, so wird den Privaten gesagt: Wenn ihr Häuser zu erneuern habt, dann laßt die Arbeit jetzt tun, und wenn ihr irgendwelche Arbeit an das Gewerbe zu vergeben habt, so laßt es jetzt geschehen. Später, wenn die Wirtschaft wieder läuft, könnt ihr ja wieder zurückhalten und sparen.

Dieser Appell an die Freiwilligkeit und die wohlmeinende Einsicht des Einzelnen, sein Geld zur Arbeitsbeschaffung auszugeben, ist eines demokratischen Volkes durchaus würdig, und man kann sich ausrechnen, daß zuletzt die vielen kleinen und großen Aufträge privater Art mehr ausmachen als alles, was die Gemeinwesen mit ihren Steuergeldern und Pumpschulden zusammen zustande bringen. Nur müßte man sicher sein, daß die Privaten auch alle wie ein Mann aufstehen, ihre Portemonnaies öffnen und sich vornehmen, ein Dachschild erneuern oder einen Kaminhut ersetzen zu lassen, oder eine neue Dachrinne oder Vorfenster anzuschaffen, trotzdem es normalerweise „noch gut anders ginge“.

Der tief gefressene Zweifel, der namentlich auf der Linken gegen das Prinzip des „Freiwilligenappells“ in der Wirtschaft besteht, löst heftige Reaktionen aus und weckt die ironische Frage, wie denn die „neuen Wege“ gemeint seien, die in der bundesrätlichen Botschaft verheißen wurden. Die alten, das sagte doch der Bundesrat ebenfalls, seien ja nicht mehr gangbar, und der „alte Weg par excellence“ sei eben gerade das „Gehelassen“, der blinde Glaube, alles werde gut kommen, wenn man nur den freien Bürger so wirtschaften lasse, wie es ihm gefalle. Ob man sich einbilde, es werde sich auch nur eine Minderheit aus patriotischen Gründen dazu hergeben, einen Gartenzaun streichen zu lassen, der noch ungestrichen bleiben könne? Die ernste Zeit verhindert, daß sich die ironischen Auslassungen mit der Heftigkeit früherer Jahre austoben.

Und im übrigen nehmen die Arbeitsbeschaffungsprogramme der Kantone und Gemeinden, vorab der großen Stadtgemeinden, solchen Kritiken den sachlichen Vorwand. Es wird gewaltige Aufträge geben, und jene, die daran verdienen, werden bessere Steuerzahler werden, als sie es ohne öffentliche Arbeitsvergebung wären ... auf diese Weise bekommen Kantone und Gemeinden einen Teil ihrer Aufwendungen wieder herein ... zum andern Türchen. Was uns fehlt, ist der „wissenschaftlich statistische“ Nachweis, wieviel Zuwachs an Steuern die öffentliche Arbeitsbeschaffung „erzeugt“, verglichen mit einer Wirtschaft ohne solche „Ankurbelung“. Man müßte jeden Unternehmer, jeden Materiallieferanten, jeden beschäftigten (oder eben im andern Fall nicht beschäftigten) Arbeiter einschätzen ... mit oder ohne staatlichen oder kommunalen Auftrag.

Eine Sorge bildet die schweizerische Währung, die natürlich unter einer allzuschweren Belastung der öffentlichen Budgets leiden könnte, wie die Fachleute befürchten. Der bernische Regierungspräsident Grimm hat im Kreise seiner Basler Parteigenossen eine „Inlandwährung“, einen „Arbeitsfranken“, vorgeschlagen, der vom „Auslandsfranken“, der „auswärtigen Währung“ zu trennen wäre. Man sieht, es wird fleißig nachgedacht!